

NIEDERSCHRIFT

über die

10. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses

am Freitag, 19.06.2009,

im Sitzungssaal, Zimmer-Nr. 327

im III. Stock des Landratsamtes Schweinfurt

Beginn der Sitzung: *09:30 Uhr*

Zur heutigen Sitzung sind die Mitglieder des Kreisausschusses ordnungsgemäß geladen und erschienen.

Der Vorsitzende stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- TOP 1: Offene Ganztagschule an der Heideschule zur Lernförderung in Schwebheim - Sachstand und Beschluss über Fortgang im Schuljahr 2009/ 2010
- TOP 2: Vorstellung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts für den Landkreis Schweinfurt
- TOP 3: Verschiedenes

NIEDERSCHRIFT

über die

10. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses

am Freitag, 19.06.2009,
im Sitzungssaal, Zimmer-Nr. 327
im III. Stock des Landratsamtes Schweinfurt

Beschluß-Nr. 141

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Offene Ganztagsschule an der Heideschule zur Lernförderung in Schwebheim - Sachstand und Beschluss über Fortgang im Schuljahr 2009/ 2010

SACHVERHALT

Abteilungsleiter Birkenbach berichtet über Sachstand und Fortgang im Schuljahr 2009/10 bei der offenen Ganztageschule an der Heideschule Schwebheim.

Vorab erläutert er nochmals das Zustandekommen der derzeitigen Situation. Der Kreisausschuss hat mit Beschluss vom 07.07.2008 die Einrichtung und finanzielle Förderung einer offenen Ganztagsgruppe ab dem Schuljahr 08/09 beschlossen und eine Ermächtigung zum Vertragsschluss mit dem Caritasverband als Betriebsträger gegeben. Daneben ist ein Auftrag an die Verwaltung erfolgt, für das Schuljahr 09/10 einen Förderantrag für die gebundene Ganztagschule zu stellen. Am 30.07.08 erfolgte der Vertragsabschluss mit dem Caritasverband, ab dem 20.10.08 der Start der offenen Ganztagsgruppe mit 14 Schülern der Klassen 5 + 6.

Der Kreisausschuss war erneut mit dem Thema befasst und hat mit Beschluss vom 21.11.08 den Beschluss des Kreisausschusses vom 07.07.08 insofern abgeändert, als der Förderantrag zur Einrichtung einer gebundenen Ganztagschule um 1 Jahr zurückgestellt wird. Gründe hierfür waren die sich abzeichnende Neuordnung des Ganztagschulbereichs durch die Staatsregierung sowie zu geringes Elterninteresse bei der fraglichen Jahrgangsstufe, so dass eine Klassenbildung nicht möglich gewesen ist.

Weitere Gründe waren, daß die Schulleitung die erforderliche Zweizügigkeit für Schuljahr 09/10 gefährdet und nunmehr räumliche Probleme beim Vollausbauzustand als gebundene Ganztagschule sah.

Über den Fortgang der gebundenen Ganztagschule wird deshalb eine Beschlussfassung darüber voraussichtlich im Herbst/Winter 2009/10 erfolgen. Die hierfür erforderlichen Entscheidungsgrundlagen müssen vorab geklärt werden und sind im wesentlichen:

- Klärung von etwaigem zusätzlichem Raumbedarf bei Vollausbau sowie der räumlichen Situation an der Schule (evtl. Nachbarschulen) mit der neuen Schulleitung
- Aktuelle Bedarfsabfrage bei den betroffenen Eltern
- Prognose hinsichtlich der Entwicklung der Schülerzahlen im Hinblick auf die erforderliche Zweizügigkeit

Derzeit ist auch bezüglich der offenen Ganztagschule Änderungsbedarf eingetreten. Ein neues Ganztagschulkonzept der Staatsregierung wurde aufgelegt, daß durch Abteilungsleiter Birkenbach auszugsweise vorgestellt wird. Wichtigste Punkte hierbei sind

- Übernahme auch der offenen Ganztagschulen in staatliche Trägerschaft
- Staatliche Förderung offener und gebundener Ganztagschulen wird angeglichen – bei Förderschulen: finanzieller Gegenwert für 12 zusätzliche Lehrerstunden + 6.000 € = 25.000 €/Schuljahr
- Sachaufwandsträger (Landkreis) muss sich pauschal mit 5.000 €/Gruppe/ Schuljahr an den Personalkosten beteiligen + zusätzlichen Sachaufwand tragen
- Eltern müssen auch in der offenen Ganztagschule nur noch die Mittagessenskosten tragen

Als Konsequenz hieraus ergibt sich, daß die offene Ganztagsgruppe, die sich bewährt hat, sollte aus Sicht der Schule und der Verwaltung fortgeführt werden. Der Caritasverband ist bereit, den Betrieb der Ganztagsgruppe auch unter den neuen Rahmenbedingungen im Schuljahr 09/10 fortzuführen, allerdings neu im 4-Tages-Betrieb. In der Praxis hat sich eine Beschränkung auf die Nachmittage Montag bis Donnerstag ergeben, da der Freitag kaum genutzt wird.

Da der Freistaat ab dem Schuljahr 09/10 Träger der offenen Ganztagschulen sein wird, ist der Vertrag mit der Caritas über die Betriebsträgerschaft zu kündigen. Der Freistaat (Regierung) wird der Caritas einen Kooperationsvertrag zur Fortsetzung der Ganztagschule anbieten, allerdings muss der Landkreis sich auch zukünftig an den Betriebskosten beteiligen:

- Personalkostenbeteiligung: 5.000 €/Schuljahr
- Übernahme entstehender Sachkosten: insbesondere zusätzliche Fahrtkosten i.H.v. ca. 13.000 € p.a. und kostenfreie Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten

Zum Vergleich: Voraussichtliche Kosten im laufenden Schuljahr: ca. 17.500 €

Der Vorsitzende bedankt sich für die umfangreiche Darstellung und stellt fest, daß dem Landkreis kaum Mehrbelastungen entstehen.

DISKUSSION

Fraktionsvorsitzender Arnold fragt nach Schülerzahlen sowie der Rückführungsquote an die Regelschulen. Hierzu kann Abteilungsleiter Birkenbach feststellen, daß derzeit vor allem in der 4 Jahrgangsstufe eine außergewöhnlich hohe Rückführungsquote zu verzeichnen ist. Die Gründe hierzu wären noch genauer zu beleuchten, allerdings kann auch festgestellt werden, daß nach Aussage der Regierung derzeit die Zweizügigkeit nicht gefährdet ist.

Fraktionsvorsitzender Bräuer sieht in dem schlüssigen Konzept eine qualitative Verbesserung der offenen Ganztagschule z.B. wegen der zusätzlichen Lehrerstunden. Für ihn ist es jedoch bedauerlich, daß der Sachaufwandsträger für die „Lehre“ in die Verantwortung genommen wird. Der Vorsitzende erläutert hierzu, daß der Bayer. Landkreistag versucht hat, daß auch diese Kosten durch den Freistaat übernommen werden. Der Freistaat vertritt jedoch die Auffassung, daß es sich bei der offenen Ganztagschule zumindest teilweise um Jugendhilfe handelt.

Fraktionsvorsitzender Öftring ist der Auffassung, daß wenn die Eltern weniger zahlen müssen, die Angebote auch mehr in Anspruch genommen werden. Er fragt nach dem Preis der Mittagsverpflegung. Abteilungsleiter Birkenbach beziffert diese auf 2,75 € je Mittagessen.

Fraktionssprecher Rachle ist der Meinung, daß die Kosten für alle Beteiligten tragbar sein müssen.

Kreisrat Eck entgegnet den Aussagen von Fraktionsvorsitzenden Bräuer, daß man nicht alle Kosten dem Freistaat aufbürden könne. Es handelt sich bei der „offenen Form“ eben auch um Angebote über das Schulische hinaus, für die ein anderer Kostenträger zumindest teilweise aufkommen müsse.

BESCHLUSS

Der Kreisausschuss stimmt der Fortführung einer offenen Ganztagsgruppe an der Heide-
schule zur Lernförderung Schwebheim unter den geänderten staatlichen Vorgaben zu. Der
Landkreis trägt die notwendigen Kosten der Co- Finanzierung ab dem Schuljahr 09/10 (im SJ
09/10 voraussichtlich ca. 18.000 €)

Die Verwaltung wird ermächtigt, hierzu notwendige Förderanträge etc. zu stellen sowie den
Vertrag mit dem Caritasverband vom 30.07.08 über den Betrieb der offenen Ganztags-
schule aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen zu kündigen.

Der Beschluß ergeht einstimmig.

NIEDERSCHRIFT

über die

10. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses

am Freitag, 19.06.2009,
im Sitzungssaal, Zimmer-Nr. 327
im III. Stock des Landratsamtes Schweinfurt

Beschluß-Nr. 142

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Vorstellung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts für den Landkreis Schweinfurt

SACHVERHALT und DISKUSSION

Die ARGE Sozialplanung Bayern, vertreten durch Herrn Kreuz und Herrn Dr. Jaufmann stellt die Ergebnisse zum Seniorenpolitischen Gesamtkonzept anhand einer Power Point Präsentation vor. An die Mitglieder des Kreisausschusses wurden die Konzepte bereits verteilt, alle Mitglieder des Kreistages erhalten dies mit der Einladung zur nächsten Kreistagsitzung.

Im Anhang zu diesem Protokoll ist eine Zusammenfassung beigefügt.

Der in der Sitzung des Kreisausschusses vom 15.02.2008 vorgegebene Kostenrahmen wurde eingehalten. Mehrausgaben sind bis dato nicht angefallen. Die letzte Abschlagszahlung und die noch anfallenden Kosten für den Druck des Gesamtkonzeptes sind im Haushalt 2009 bereits eingeplant.

| Kostenaufstellung: | Ergebnis | HH-Ansatz |
|-----------------------------------|-------------|-----------|
| 1. Abschlag | 13.685,00 € | |
| 2. Abschlag | 13.685,00 € | 30.000 € |
| Druck-, Material- und Portokosten | 6.554,33 € | 5.000 € |
| Summe | 33.924,33 € | 35.000 € |
| | | |

Der Vorsitzende äußert, daß der Landkreis Schweinfurt damit einer der Vorreiter bei der Erstellung eines solchen Konzeptes ist. Er macht deutlich, dass der Kreis dem Prinzip „Ambu-

lant vor stationär“ folgen wolle. Das hat auch finanzielle Gesichtspunkte, da bei unveränderten Strukturen der Kreis in 20 Jahren 500 vollstationäre Altenheimplätze zusätzlich bräuchte. Bei einem Ausbau der ambulanten Pflege aus, müssten zu den heute existierenden 727 Plätzen ca. 200 weitere eingerichtet werden. Als eine Art Sonderproblem kommt dabei hinzu, dass sich die Altenpflege immer mehr Demenzkranken widmen müssen: Ihre Zahl wird sich wahrscheinlich auf fast 2300 verdoppeln.

Fraktionsvorsitzender Arnold bedankt sich für den tiefen Einblick, den das Konzept möglich macht. Die demographische Entwicklung hinterlässt ihre Spuren nicht nur bei den Kindern und der Jugend sondern auch im Seniorenbereich. Deren Probleme müssen in Zukunft viel mehr Beachtung geschenkt werden, als daß dies heute bereits der Fall ist. Nach seiner Ansicht muß jedoch berücksichtigt werden, daß neben den vielen richtigen Ansätzen im Konzept der verstärkte Einsatz von ehrenamtlichen Kräften auch hinterfragt werden muß. Ehrenamtliche kommen an Ihre Grenzen und überschreiten diese. Insgesamt nimmt er den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und wird das Thema in der CSU-Fraktion in Zukunft sicherlich noch öfter beraten. Allerdings merkt er auch an, daß nach seinen Feststellungen derzeit 50 stationäre Pflegeheimplätze unbesetzt sind. Er fragt nach aus welchen Gründen, ggf. Kostengründen, die s der Fall ist.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass sich das derzeitige Überangebot künftig sehr schnell anders darstellen wird. Im Vergleich zu anderen Regionen sind die Kosten sicherlich nicht zu hoch, auch ist zu bedenken, daß auch aufgrund privater Initiative, in den letzten Jahren sehr viele neue Plätze geschaffen wurden.

Fraktionsvorsitzender Bräuer sieht derzeit den Anfang einer Entwicklung, mit dem vorgelegten Konzept ist ein gute Basis geschaffen, um Verbesserungen zu erreichen. Grundsätzlich kann man ein großes Engagement in der Gesellschaft zum Thema feststellen, auch der Rücklauf der befragten Personen ist interessant hoch. Er fragt nach, welche Altersgruppen hier einbezogen wurden. Sozialamtsleiter Kaffer erläutert, daß hier die Personengruppe ab 60 Jahren befragt wurden. Nach Ansicht von Fraktionsvorsitzendem Bräuer können jedoch hier dann Zweifel aufkommen, ob auch die Erwartungen der künftigen Alten berücksichtigt sind, weil in der Studie diejenigen befragt worden sind, die bereits heute über 60 Jahre alt sind. Die zukünftige Hauptlast wird die jetzige junge Generation tragen müssen. Auch ist fraglich, ob zukünftig das System der Betreuung mit Angehörigen und Ehrenamtlichen in der vorgebrachten Form so aufrecht erhalten werden kann.

Kreisrat Seifert äußert Unmut. Die Studie ist nichts Neues für ihn, viele Aktivitäten, die darin vorgeschlagen werden, seien in Niederwerrn, seinem Heimatort, bereits umgesetzt; andere

größere Gemeinden hätten das Konzept bereits überholt. Im übrigen bezieht er sich auf die Studie des AfA aus dem Jahr 2002, in der bereits ähnliches steht. Für den Landkreis selber freut es ihn, da dieser nun auf dem richtigen Weg sei. Bezüglich der Auslastungsproblematik möchte er dem Fraktionsvorsitzender der CSU widersprechen. Das in Niederwerrn privat gebaute Heim ist vollbelegt und es gibt auch keine Auslastungsschwierigkeiten.

Fraktionssprecher Rachle sieht eine gute Grundlage für die weitere Arbeit. Die weiteren Handlungsfelder wurden aufgezeigt, hier muß nun angesetzt werden. Eine Frage gilt den Kurzzeitpflegeplätzen und deren Anzahl. Dr. Jaufmann stellt hier fest, daß man zwischen der eingestellten Kurzzeitpflege, z.B. bei vorübergehenden freien Heimplätzen und der festen Kurzzeitpflege unterscheiden müsse. Problem ist, daß die festen Plätze vielfach in den Ferienzeit überbucht und mehrfach vermittelbar sind aber andere Teile des Jahres leer stehen.

Stv. Landrat Heuler spielt auf die Problematik „Kragenlandkreis“ an. Seiner Ansicht nach hätten die städtischen Heimplätze in die Betrachtung miteinbezogen werden müssen. Dr. Jaufmann entgegnet, daß nach den Erhebungen sich der Austausch zwischen Stadt und Landkreis in etwa die Wage hält. Dies ist auch im Konzept nachzulesen.

Kreisrat Töpfer äußert abschließend, daß seiner Ansicht nach zu einem Seniorenpolitischen Gesamtkonzept auch die Überprüfung und ggf. Verbesserung des ÖPNV zählt und hier man sich seitens des Landkreises noch Gedanken machen müsse.

BESCHLUSS

Der Kreisausschuss nimmt den Endbericht der ARGE Sozialplanung Bayern zum Seniorenpolitischen Gesamtkonzept zustimmend zur Kenntnis.

Auf Grund der demographischen Entwicklung und der für die Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes notwendigen erhöhten Zeitanteilen bei der Seniorenberatung wird die Stelle von derzeit 10 Stunden auf 20 Stunden aufgestockt; die Stundenmehrung wird durch interne Umschichtungen innerhalb des SG 20 – Amt für Soziales – aufgefangen.

Der Beschluß ergeht einstimmig.

NIEDERSCHRIFT

über die

10. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses

am Freitag, 19.06.2009,
im Sitzungssaal, Zimmer-Nr. 327
im III. Stock des Landratsamtes Schweinfurt

Beschluß-Nr. 143-145

Abstimmungsergebnis: *Einstimmig*

Verschiedenes

a) Kindertagsstättenversorgung

Der Vorsitzende lässt ein Grafik verteilen, die die Versorgung des Landkreises, mit Tagesstättenplätzen aufzeigt. Er stellt fest, daß der Landkreis im Vergleich sehr gut dasteht und man sich nicht verstecken müsse.

b) Gymnasiumsaußenstelle Gerolzhofen

Der Vorsitzende teilt mit, daß der Bayer. Landschulheimverband in seiner letzten Sitzung vor wenigen Tagen beschlossen habe, sich an der Sanierung der Gymnasiumsaußenstelle Gerolzhofen mit 715.000 € zu beteiligen.

c) Tourismus

Kreisrat Rachle fragt, ob der Landkreis Schweinfurt sich den Namen „Schweinfurter Land“ geben könne. Der Vorsitzende äußert, daß der Name eines Landkreises durch das Innenministerium festgelegt wurde. Eine entsprechende Änderung wird dort sicherlich nicht vorgenommen, da dies in vergleichbaren Fällen auch nicht zum Erfolg geführt hat. Der Kreistag hat hier keinerlei Rechte bei der Namensauswahl.

Nachdem unter dem TOP „Verschiedenes“ keine weiteren Fragen eingegangen sind, schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung. Es schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Ende der gesamten Sitzung: *12:45 Uhr*